

## Öffentliche Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Mobilität der Stadt Brühl am  
15.06.2021

Sitzungsort: Clemens-August-Schule, Mensa, Clemens-August-Str. 33, 50321 Brühl

Beginn der Sitzung um 18:00 Uhr.

Ende der Sitzung um 20:20 Uhr.

Vorsitz führte: Wolfgang Weesbach

### Anwesend:

#### Stimmberechtigte Ratsmitglieder und Sachkundige Bürger:

##### **CDU**

Berg, Patrick  
Conzen, Tim  
Kamphausen, Elke  
Kassen, Ewo  
Kirf, Peter

##### **SPD**

Hayit, Karim  
Schumacher, Bernhard 18:00 - 19:45 Uhr  
Spandau, Ralph  
Venghaus, Marcus *vertritt: Krämer, Clemens*

##### **GRÜNE**

Prof. Dr. Bunčić, Daniel  
Dr. Richter, Cornelia  
Wagner, Bernd  
Wiese, Richard

##### **LINKE/PIRATEN**

Riedel, Eckhard *vertritt: Holstiege, Ferdinand*

##### **AfD**

Klages, Andreas

#### Beratende Mitglieder und Sachkundige Einwohner:

Katzfuß, Silke Begleitperson: Rudolph, Ingrid (Inklusionsbeirat)  
Neumann, Annegret (DKSB)

#### von der Verwaltung:

Cleven, Thomas (Abt. 66/1 Tiefbau und Verkehr)  
Korte, Henning (AbtL. 61/3 ÖPNV, Mobilität und Verkehr)  
Lamberty, Markus (FBL 61 Bauen und Umwelt)  
Schiffer, Gerd (Dez. I - Beigeordneter)  
Schulz, Michael (FBL 66 Tiefbau - Infrastruktur)

Schriftführer:

Nahry, Robin

Gäste:

Maren Weber, Ernst & Young

**Nicht anwesend / entschuldigt:**

Krämer, Clemens (SPD)

Holstiege, Ferdinand (LINKE/PIRATEN)

Freyneck, Jan (FDP)

Weber-Aderhold, Bernd (ADFC)

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Niederschrift vom 16.03.2021
2. ÖDA - Direktvergabe Stadtbuss (239/2021)
3. Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn 553 (241/2021)  
Bezug Vorlage-Nr. 97/2021, AfVM 16.03.2021
4. Verbesserung der Verkehrssicherheit in der nördlichen Innenstadt (300/2021)  
Bezug: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Grüne vom 28.05.2021
5. Geschwindigkeitsreduzierung Hedwig-Gries-Straße und verkehrsberuhigende Maßnahmen im Bereich des Spielplatzes „An der alten Zuckerfabrik“ (302/2021)  
Bezug: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Grüne vom 31.05.2021
6. Mitteilungen
- 6.1 Mitteilungen über laufende Beschlüsse (238/2021)
- 6.2 Mitteilung zur Resolution Rheinspange
- 6.3 Mitteilung zu Brückensperrung "Brückenstraße"
- 6.4 Mitteilung zum Stadtradeln
- 6.5 Mitteilung zur Polleranlage im Bereich „Busstraße“
7. Anfragen
- 7.1 Turnus Brückenüberprüfungen
- 7.2 Preiskategorien Stadtradeln
- 7.3 Vorschlag Aufnahme Lastenrad-Thematik in Stadtradeln-Programm
- 7.4 Problematik mit E-Scootern
- 7.5 Problematik fehlende Barrierefreiheit und Falschparker Schulstraße

- 7.6 Verkehrssicherheitsrisiko durch Grünstreifenwuchs
- 7.7 Streifenmarkierung auf der Kierberger Straße nach dem Vorbild Leipziger Straße
- 7.8 Anzahl der Beschwerden zu E-Scooter-Thematik
- 7.9 Hinweisschild „Bitte Motor abstellen“ auf Kaiserstraße verblichen
- 7.10 Gefahrensituation Eckdorferstraße 107/109
- 7.11 Möglichkeit der Temporeduktion durch bauliche Maßnahmen Bergstraße/Heide
- 7.12 Anfrage Gebietserweiterung E-Scooter Brühl Heide

## Sitzungsverlauf

Ausschussvorsitzender Wolfgang Weesbach eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Mobilität um 18:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss für Verkehr und Mobilität beschlussfähig ist.

### Öffentliche Sitzung

#### 1. Niederschrift vom 16.03.2021

Für die Fassung der Niederschrift vom 16.03.2021 werden folgende redaktionelle Anpassungen festgehalten:

##### TOP 7.1, Seite 11

Ausschussvorsitzender Weesbach weist darauf hin, dass der Zusatzantrag der Grünen bezüglich der Berücksichtigung der verkehrlichen Auswirkungen über Brühl Bestandteil der weiteren Beschlussfassung ist.

Beschluss: Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Auswirkungen der geplanten Rheinspange auf das Brühler Verkehrsaufkommen **und die verkehrlichen Auswirkungen über Brühl hinaus.**“

##### TOP 7.4, Seite 13

Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität beauftragt den Bürgermeister, ganzheitliche Strategien für die Mobilitätswende (Gesamtkonzept) im Dialog zwischen Verwaltung, politischen Gremien und Stadtwerken, unter anderem in Workshops zu erstellen. **Das Gesamtkonzept soll insbesondere folgende Ziele, Schwerpunkte und Maßnahmen verfolgen:**

- Konsequenter Ausbau des Umweltverbundes
- Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
- Einführung und Umsetzung eines integrierten und flächenhaften Mobilitätsmanagements für das gesamte Stadtgebiet
- Neuaufteilung der öffentlichen Flächen zugunsten von Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr und Verbesserung der Aufenthaltsqualität
- Durchführung von Stadt- und Verkehrsexperimenten
- Entwicklung einer Kommunikationsstrategie für die Mobilitätswende
- Verankerung der Planung, Organisation und Gestaltung des Stadtbussystems in die Stadtverwaltung entsprechend des ÖPNV-Gesetzes NRW

Auf der Grundlage einer Übersicht über die bisherigen konzeptionellen Beschlüsse zu Verkehr und Mobilität in Brühl sollen die möglichen Handlungsoptionen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung zwischen Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung und Stadtwerken erörtert werden. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, den Abstimmungsprozess zu organisieren.“

Weitere Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

**Beigeordneter Schiffer** erläutert beziehend auf den eingereichten Fragenkatalog von Bündnis 90/Die Grünen, dass die Themen ÖDA und Stadtbusvergabe keineswegs neu seien. Neu sei lediglich die Formulierung des ÖDAs, nicht jedoch die Inhalte. Der ÖDA bilde dabei den rechtlichen Rahmen, der um das Nahverkehrskonzept „gestrickt“ werde. Alle Inhalte des ÖDAs stammen aus dem Nahverkehrskonzept, welches in diesem Ausschuss (vor gut drei Jahren) beschlossen worden sei. Eine Korrektur von Seiten der Verwaltung müsse noch bei der Beratungsfolge vorgenommen werden. Nach dem Ausschuss für Verkehr und Mobilität käme der Rat, da dieser letztendlich über den ÖDA entscheiden müsse. Im heutigen Ausschuss ginge es folglich um eine inhaltliche Vorstellung ohne Beschlussfolge. Der eingereichte Fragenkatalog von Bündnis 90/Die Grünen werde unter Abstimmung der verschiedenen Abteilungen sowie der Stadtwerke in den nächsten Tagen und vor der nächsten Ratssitzung beantwortet.

**Frau Weber (Ernst & Young)**, verantwortliche Partnerin bei Ernst & Young für den Bereich öffentlicher Personalverkehr in Deutschland, referiert als Gast zu den Themen Verkehr und Direktvergabe. Sie schildert die Ausgangssituation der Stadt Brühl als Aufgabenträgerin für den ÖPNV sowie die rechtlichen Grundlagen einer öffentlichen Direktvergabe. Im weiteren Vortrag werden die Inhalte des öffentlichen Dienstleistungsauftrags, die Ausgleichssystematik und Finanzierung sowie der aktuelle Verfahrensstand und nächste Schritte vorgestellt.

Anmerkung des Schriftführers:

*Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.*

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** möchte wissen in, in welcher Form der AfVM in Bezug auf den Punkt „Berichtspflicht“ miteingebunden sei.

**Frau Weber (Ernst & Young)** entgegnet, dass die Stadt einmal im Jahr einen sogenannten Gesamtbericht veröffentlichen müsse. Die Berichte aller Kommunen sollen perspektivisch auf einer bundesweiten Plattform einsehbar sein. Darüber hinaus könne der Ausschuss sich auch immer an die Stadt wenden, da diese immer befugt sei, entsprechende Informationen bei der Verkehrsgesellschaft abzurufen.

**Vorsitzender Weesbach (SPD)** regt an, ob man statt kleinteiliger Anfragen auch einen regelmäßigen Berichtsturnus festlegen könne.

**Frau Weber (Ernst & Young)** signalisiert, dass ein solches Vorgehen durchaus möglich sei. Es könnten lediglich teilweise interne bzw. vertrauliche Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse thematisiert werden, die dementsprechend im nicht öffentlichen Teil des Ausschusses behandelt werden sollten.

**Beigeordneter Schiffer** sieht keine Bedenken und versteht es als Selbstverständlichkeit bzw. Selbstverpflichtung der Verwaltung, dem Ausschuss zukünftig zu der Thematik regelmäßig Bericht zu erstatten.

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** erkundigt sich, woher die Festlegung auf zehn Jahre bei dem Dienstleistungsauftrag komme.

**Frau Weber (Ernst & Young)** weist darauf hin, dass die zehn Jahre der Zeitraum sei, den die VO 1370/07 für Busverkehre als maximale Grundleistung vorsehe.

**Ratsherr Prof. Dr. Bunčić (Bündnis 90/Die Grünen)** fragt, inwiefern neue Erkenntnisse, etwa aus dem zukünftigen Mobilitätskonzept, in einen beschlossenen ÖDA einfließen können.

**Frau Weber (Ernst & Young)** erläutert, dass man die inhaltlichen Anforderungen an den ÖPNV, insofern es sich um den Busverkehr handele, in dem Zeitraum des Dienstleistungsauftrages flexibel gestalten könne.

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** interessiert, warum die neu zu gründende Verkehrsgesellschaft als „Tochter“ der Stadtwerke angesiedelt sei und worin der Unterschied zu einer Angliederung als „Schwesterunternehmen“ bestehe.

**Frau Weber (Ernst & Young)** stellt heraus, dass beides vergaberechtlich möglich gewesen sei, man jedoch bei der Gründung einer „Schwester“ der Stadtwerke den steuerlichen Querverbund verlieren würde.

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** rekapituliert, dass es sich bei der zu gründenden Verkehrsgesellschaft um eine personallose Gesellschaft handele, die aber zumindest einen Geschäftsführer benötige und fragt, ob diese Rolle auch in Personalunion etwa von den Stadtwerken übernommen werden könne.

**Frau Weber (Ernst & Young)** bejaht dies und erklärt, dass es bei der Besetzung des Geschäftsführeramtes keine Restriktionen gebe.

**Ratsherr Kirf (CDU)** bittet um Auskunft, wie „rechtssicher“ das gesamte vorgestellte Konstrukt rund um den ÖDA sei.

**Frau Weber (Ernst & Young)** entgegnet, dass so lange man bei der Verkehrsgesellschaft keine gewinnbringenden Tätigkeiten für Dritte ansiedele, sei man aus der rechtlichen Perspektive auf der sicheren Seite.

**Ratsherr Prof. Dr. Bunčić (Bündnis 90/Die Grünen)** verweist auf die Anlagebestimmungen, in der u. a. festgehalten sei, dass Busse ab 32 Plätzen beantragt werden sollen und möchte wissen, ob man diese Bestimmungen abändern könne.

**Frau Weber (Ernst & Young)** erwidert, dass ein solcher Passus in der Anlage, insofern man ihn jetzt beschließe, sich vor Inkrafttreten des ÖDAs ändern ließe. Allerdings müsse die operative Erbringung mit der RVK abgeklärt werden.

### **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt „ÖDA – Direktvergabe Stadtbus (239/2021) wird ohne Beschluss in den Rat verwiesen.

### **3.            Lärmschutzmaßnahmen entlang der Autobahn 553                   Bezug Vorlage-Nr. 97/2021, AfVM 16.03.2021**

**241/2021**

**Ratsherr Kirf (CDU)** bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die ausführliche Berichterstattung und spricht sich dafür aus, dass die antragsstellende Partei bei der Vorlagenformulierung mitaufgenommen werden solle.

**Ratsherr Venghaus (SPD)** erinnert an die von der SPD eingereichte Nachfrage und möchte wissen, ob es bezüglich „LKW-Überhol-Verbot“ einen neuen Sachstand gebe.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** entgegnet, dass zu diesem Zeitpunkt noch keine Rückmeldung vorliege.

**Beigeordneter Schiffer** fügt hinzu, dass man an diesem Thema ebenso wie an der neuen Lärmberechnung weiter dran sei, die Antwort der Autobahngesellschaft „die Autobahn“ aber noch ausstehe.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

#### **4. Verbesserung der Verkehrssicherheit in der nördlichen Innenstadt 300/2021** **Bezug: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Grüne vom 28.05.2021**

**Beigeordneter Schiffer** bittet um Nachsicht, dass die Verwaltung in der Kürze der Zeit keine ausführliche Verwaltungsvorlage erstellen konnte. Dies gelte auch für den danach folgenden Tagesordnungspunkt 5. Nichtsdestotrotz gehe er davon aus, dass man jetzt bei der Diskussion zu Ergebnissen kommen könne.

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** erklärt in Kürze, was der Aufhänger für den Antrag gewesen sei und bekräftigt, dass man mit der geforderten Geschwindigkeitsreduzierung die Verkehrssicherheit für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer erhöhen wolle. Das gesamtverkehrliche Konzept für die nördliche Innenstadt solle ebenfalls der Erhöhung der Verkehrssicherheit sowie der Verbesserung der Aufenthaltsqualität dienen.

**Beigeordneter Schiffer** legt dar, dass man ja bereits die Schützenstraße sowie die obere Kölnstraße mit Tempo 10 ausgeschildert habe und er davon ausgehe, dass mit der Gartenstraße genauso verfahren werden könne.

**Ratsherr Kirf (CDU)** fasst zusammen, dass der Antrag der SPD und der GRÜNEN im Wesentlichen aus zwei Bausteinen bestünde, der Antragsteil des gesamtverkehrlichen Konzeptes aber seiner Auffassung nach in seiner Aufschlüsselung noch erweitert werden sollte. Zusätzlich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder und Senior\*innen und der Aufenthaltsqualität in der nördlichen Innenstadt sollten in einem gesamtverkehrlichen Konzept auch das ISEK und der Umgang mit der Kölnstraße mit aufgenommen werden.

**Vorsitzender Weesbach (SPD)** äußert sich zustimmend und stellt fest, dass keine Einwände gegen diese Beschlussergänzung vorliegen.

**Sachkundige Einwohnerin Neumann (DKSB)** begrüßt den Ergänzungsvorschlag ebenfalls, allerdings plädiert sie dafür, dass für den Bereich des Mayersweg Richtung Comesstraße ebenfalls Tempo 10 angeordnet werden sollte. Des Weiteren regt sie an, dass im Zuge des in diesem Jahr stattfindenden Fußverkehrschecks in Brühl dieser Bereich mitberücksichtigt werden könne.

**Abteilungsleiter Korte (Abtl. 61/3)** sagt zu, dass man eine Einbindung der nördlichen Innenstadt in den Fußverkehrsscheck überprüfe.

**Vorsitzender Weesbach (SPD)** fasst zusammen, dass nach seinem Verständnis der Beschlusssentwurf um die Erweiterungsvorschläge der CDU-Fraktion ergänzt werde und anschließend darüber abgestimmt werden könne.

**Ratsherr Kirf (CDU)** wiederholt den Beschlusssentwurf samt Erweiterungsvorschlag.

**Beigeordneter Schiffer** fügt hinzu, dass auch der Teilbereich des Mayersweg in die Beschlussformulierung aufgenommen werde.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität (AfVM) beauftragt den Bürgermeister, zeitnah die Reduktion der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit in der Gartenstraße sowie dem Abschnitt des Mayersweg, der die Gartenstraße mit der Comesstraße verbindet, von 30 km/h auf 10 km/h anzuordnen und die Geschwindigkeitsbegrenzung mithilfe deutlich sichtbarer Schilder und Markierungen auszuweisen.

Darüber hinaus möge ein Gesamtkonzept für die verkehrlichen Probleme der nördlichen Innenstadt erstellt werden. Darin sollen unter anderem die Auswirkung auf die Stadtplanung, das ISEK, der Umgang mit der Kölnstraße sowie die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder und Senior\*innen und der Aufenthaltsqualität in der nördlichen Innenstadt berücksichtigt werden.

Die Kinderunfallkommission ist bei der Erstellung des Konzeptes zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- |    |  |                 |
|----|--|-----------------|
| 5. | <b>Geschwindigkeitsreduzierung Hedwig-Gries-Straße und verkehrsberuhigende Maßnahmen im Bereich des Spielplatzes „An der alten Zuckerfabrik“<br/>Bezug: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und Grüne vom 31.05.2021</b> | <b>302/2021</b> |
|----|--|-----------------|

**Beigeordneter Schiffer** nimmt einleitend Stellung, dass man den Antrag von Seiten der Verwaltung als sinnvoll erachte und eine zeitnahe Umsetzung seines Erachtens möglich sei.

**Ratsherr Spandau (SPD)** begrüßt diesen Konsens.

**Sachkundige Einwohnerin Neumann (DKSB)** heißt gut, wenn von dem Kreisverkehr Bergerstraße in Richtung der alten Zuckerfabrik ein verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen würde und hakt nach, wie es denn mit der entgegengesetzten Richtung aussehe.

**Beigeordneter Schiffer** erläutert, dass es sich um eine Tempo 30-Zone handeln würde und somit beide Richtungen inkludiert wären.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** ergänzt, dass man die Zone von dem verkehrsberuhigten Bereich bis zur Bergerstraße in beide Richtungen anordnen würde.



**Sachkundige Einwohnerin Neumann (DKSB)** macht den Vorschlag, auf der Hedwig-Gries-Straße zusätzlich einen Fahrradangebotsstreifen einzurichten.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** erinnert daran, dass Fahrradstreifen in Tempo-30-Zonen laut StVO nicht zulässig seien.

**Ratsherr Kirf (CDU)** verweist auf den Beschluss zu 308/2020 Bebauungsplan 04.18 südlich Hedwig-Gries-Straße, wo man sich geeinigt habe, ein verkehrliches Gesamtkonzept für Brühl Ost zu erstellen und plädiert dafür, dass grundsätzlich keine „Insellösungen“ beantragt werden sollten. In diesem besonderen Fall mit dem Kindergarten wäre dieses Vorgehen aber ausnahmsweise tolerierbar.

**Vorsitzender Weesbach (SPD)** pflichtet dem bei und spricht sich dafür aus, dass in diesem Fall eine Vorabmaßnahme sinnvoll sei.

**Ratsherr Spandau (SPD)** fragt nach, ob die ursprüngliche Beschlussformulierung geändert werden müsse, da man sich ja jetzt auf eine Tempo-30-Zone geeinigt habe, an Stelle des Aufstellens eines Verkehrsschildes.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** stellt klar, dass durch das Aufstellen eines „Tempo-30-Zone beginnt“-Schild und einem „Tempo-30-Zone endet“-Schild eine Zone gegeben sei.

**Beigeordneter Schiffer** ergänzt, dass insofern ein Unterschied bestünde, als dass in der Zone die Marie-Curie-Straße miteingefasst sei.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** unterstreicht, dass es durch den verkehrsberuhigten Bereich an dem Kindergarten nicht reiche an der Bergerstraße ein Zone-30-Schild hinzustellen, sondern das Aufstellen eines weiteren Zone-30-Schild aus formalistischen Gründen nötig sei.

**Sachkundige Einwohnerin Neumann (DKSB)** wirft die Frage auf, ob man ein sogenanntes „Hänsel und Gretel-Schild“ aufstellen könne und welche weiteren verkehrsberuhigenden Maßnahmen in dem Bereich des Spielplatzes beabsichtigt sein.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** legt dar, dass man den Punkt einer expliziten Ausweisung auf den Kinderspielplatz aufnehme und prüfen werde, ob diese über ein Verkehrszeichen oder auch vielleicht mit einem Piktogramm auf der Fahrbahn realisierbar wäre.

**Vorsitzender Weesbach (SPD)** trägt noch einmal den ursprünglichen Wortlaut des Beschlusssentwurfes vor und richtet die Frage in den Raum, wie die Änderungsvorschläge aufgenommen werden sollen.

**Beigeordneter Schiffer** erläutert, dass man in dem Beschlusstext das „Aufstellen eines Verkehrszeichens“ durch die „Ausweisung einer Tempo-30-Zone“ ersetzen müsse.

## **Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität beauftragt die Verwaltung, eine Tempo-30-Zone auf der Hedwig-Gries-Straße ab der Ausfahrt aus dem Kreisverkehr Bergerstraße bis zu dem verkehrsberuhigten Bereich auszuweisen. Des Weiteren wird die Verwaltung beauf-

tragt, im Bereich des Spielplatzes „An der alten Zuckerfabrik“ geeignete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu prüfen und zu implementieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **6. Mitteilungen**

### **6.1 Mitteilungen über laufende Beschlüsse**

**238/2021**

**Ratsherr Kirf (CDU)** erkundigt sich, wie der aktuelle Sachstand bei Punkt 9 „Anlegung eines Kreisverkehrs am Verkehrsknoten Alte Bonnstraße/ An Hornsgarten/ Eckdorfer Mühlenweg“ sei.

**Beigeordneter Schiffer** berichtet, dass der Sachstand insofern unverändert sei, als dass der Landesbetrieb Straße Bedenken habe, einen Kreisverkehr an dieser Stelle zu errichten, da dies den Verkehrsfluss in unmittelbarer Autobahnnähe gefährde. Eine Finanzierung von Seiten des Landesbetrieb Straße sei daher auch abgelehnt worden.

**Sachkundiger Bürger Klages (AfD)** übermittelt die Anfrage eines Bürgers, wie das geplante Vorgehen zu dem coronabedingt abgesagten Workshop „Berliner Ring“ sei, da in diesem Bereich nach wie vor ein sehr hohes Verkehrsaufkommen herrsche und eine damit einhergehende Gefährdung vor allem für Kindern gegeben sei.

**Beigeordneter Schiffer** führt aus, dass es insbesondere im Verkehrsbereich noch eine ganze Reihe von Themen gebe, die man bearbeiten wolle, wie beispielsweise der Bereich „Schulstraße/ Talstraße“ in Kierberg, die Problematik „An der Gabjei“ oder die Situation „Ubierstraße / Chlodwigstraße“. Allerdings müssten alle Formate, bei denen auch eine Bürgerbeteiligung oder eine Begehung vorgesehen sei, aus terminlichen Gründen bis nach der Sommerpause verschoben werden.

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** will wissen, wie der Planungsstand zu der Verkehrssituation Pingsdorfer Straße sei (Punkt 1) und wie man mit der Straßenraumgestaltung verfahren wollen würde, wenn die Kanalarbeiten losgehen würden. Darüber hinaus bittet Sie um Auskunft, ob weitere vergleichbare Großprojekte anstünden.

**Fachbereichsleiter Lamberty (FBL 61)** erläutert, dass man momentan dabei sei zu prüfen, wie man in die Vergabe einsteigen könne und welche Beteiligungsformaten durchgeführt werden könnten. Er verweist darauf, dass man im nächsten Verkehrsausschuss mit Sicherheit mehr zu der Thematik sagen könne.

**Beigeordneter Schiffer** fügt hinzu, dass durch die umfangreichen Tiefbauarbeiten bei der Pingsdorfer Straße und dem vorhandenen breiten Straßenquerschnitt relativ schnell klar gewesen sei, dass man eine Umgestaltung des Straßenraumes vornehmen müsse. Vergleichbare Großprojekte in Bezug auf den Straßenbau sehe er im Moment nicht, im Bereich des Kanalbaus stünden aber durchaus noch einige Projekte an wie z. B. die Römerstraße oder die Kaiserstraße.

**Sachkundige Einwohnerin Neumann (DKSB)** erkundigt sich, wie der Sachstand bei der „Besitz- und bespielbaren Stadt“ (Punkt 3), insbesondere in Brühl Ost sei. Darüber hinaus ist sie interessiert, ob es mittlerweile Erfahrungen zu den Elternhaltetaxistellen an den Brühler Schulen (Punkt 10) gebe.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** schildert, dass man bei der „Besitz- und bespielbaren Stadt“ zurzeit noch im Innenstadtbereich aktiv sei. Der Großteil der Spielgeräte und Sitzgelegenheiten sei bestellt und lagere derzeit auf der Kläranlage. Da es durch die teilweise schwierige und kleinteilige Auftragsvergabe zu Verzögerungen gekommen sei, habe man sich nun dazu entschlossen, die ausstehenden 180 Standorte in der Innenstadt als Gesamtleistung auszuschreiben. Wenn der Innenstadtbereich dann umgesetzt sei, würde man sich den Außenbezirken widmen, wo allerdings auch im Vorfeld noch die Klärung von Eigentumsverhältnissen oder die Lage von Versorgungsleitungen überprüft werden müssten. Im Anschluss könne mit der Montage der etwa 580 Bauteile in den Außenbezirken begonnen werden.

**Abteilungsleiter Korte (Abtl. 61/3)** teilt mit, dass zu dem Punkt 10, den „Kiss & Ride Haltestellen“, im März dieses Jahres an zwei Tagen eine Überprüfung dieser Zonen mit dem Schulamt in Kierberg gegeben habe, ein Ergebnis liege ihm aber im Moment noch nicht vor und könne nachgereicht werden. Man müsse allerdings berücksichtigen, dass die Überprüfung während der Coronapandemie mit eingeschränktem Schulbetrieb durchgeführt worden sei und man dementsprechend schauen müsse, wie repräsentativ die Ergebnisse sein.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Mobilität nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

## **6.2 Mitteilung zur Resolution Rheinspange**

**Beigeordneter Schiffer** weist darauf hin, dass die Resolution zur Rheinspange aus der letzten Ratssitzung, die laut Beschluss in die kommende Ratssitzung Ende Juni vertagt worden sei, auf Wunsch des Bürgermeisters nicht auf die Tagesordnung genommen wurde. Der Hintergrund sei dieser, dass es aufgrund der Seveso-III-Richtlinie im Moment erhebliche Bedenken gebe, ob eine Rheinquerung im Wesselingener Norden/ Godorf als Verlängerung der Kerkrader Straße überhaupt möglich sei. Zudem gebe es ganz massive Proteste aus der Bevölkerung in Wesseling, die alle südlichen Varianten beträfen. Darüber hinaus stünde in Bezug auf die Überprüfung der verkehrlichen Auswirkungen noch Antworten von der „Autobahn GmbH“ aus, so dass man entschieden habe, erst nach der Sommerpause und sobald die neuen Erkenntnisse aufgearbeitet seien in Form einer Verwaltungsvorlage zuerst dem Verkehrsausschuss und ggf. auch dem Rat zu berichten.

## **6.3 Mitteilung zu Brückensperrung "Brückenstraße"**

**Beigeordneter Schiffer** trägt vor, dass nach einer Prüfung in der letzten Nacht, die Brücke in der „Brückenstraße“ in Vochem ab sofort für den Verkehr gesperrt sei, da man erhebliche Mängel an dem Bauwerk festgestellt habe. Zudem würde jetzt die Deutsche Bahn aufgefordert, entsprechende Maßnahmen, wie eine „Langsam-Fahrt“ an dieser Stelle zu initiieren. Er weist zusätzlich darauf hin, dass die Brücke früher oder später an diesem Standort wohl abgerissen werden müsse.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** führt aus, wie die Prüfung im Detail abgelaufen sei und welche Mängel man mit den Sachverständigen festgestellt habe. Das Bauwerk stamme aus dem Jahr 1910 und weise eine ganze Reihe von Mängeln auf. Daher solle man auch unverzüglich mit Sicherungsmaßnahmen beginnen. Die Fußgängerbrücke „Am Kreuz“ / „Wingertsberg“ werde man ebenfalls überprüfen und nach einer Vorabeeschät-

zung sei es gut möglich, dass die Überprüfung zu einem ähnlichen Ergebnis komme. Mit abgeprüft worden sei die Brücke „Zum Sommersberg“ aus dem Jahre 1989, die sich in einem guten Zustand befinde.

**Vorsitzender Weesbach (SPD)** erkundigt sich, ob die Brücke auch für Fußgänger gesperrt sei.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** erwidert, dass man die Brückenstraße vorerst für den PKW-Verkehr gesperrt habe, Radfahrer und Fußgänger könnten die Brücke noch nutzen.

**Vorsitzender Weesbach (SPD)** bittet um Auskunft, ob bei einem Abriss der Brücke unmittelbar ein Verfahren für einen Ersatz eingeleitet werde.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** schildert, dass im Moment noch keine Planungen für einen Brückenneubau vorlägen und diesbezüglich auch die Politik mit eingebunden und gefragt sei.

#### **6.4 Mitteilung zum Stadtradeln**

**Abteilungsleiter Korte (Abtl. 61/3)** teilt mit, dass Brühl auch in diesem Jahr wieder an der Kampagne „Stadtradeln“ des Netzwerks Klimabündnis teilnehmen werde. In dem Aktionszeitraum vom 03.09.2021 bis zum 23.09.2021 ginge es primär darum, dass man als Gruppe oder Einzelner möglichst viele Kilometer mit dem Fahrrad zurückzulegen, um die individuellen und kommunalen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Unter den Teilnehmer\*innen gebe es auch Preise in verschiedenen Kategorien zu gewinnen. In dem Aktionszeitraum seien darüber hinaus einige Programmpunkte geplant wie unterschiedliche Fahrradtouren, Radfahrsicherheitstrainings für Schulen, ein Pendlerfrühstück, Kinovorstellungen im Zoom-Kino sowie weitere Aktionen. Am 11.09.2021 solle zudem vormittags auf dem Markt in Brühl ein Aktionstag stattfinden, wo der ADFC, die Polizei, ein lokaler Fahrradhändler sowie der Leo Club mit einer Fahrradwaschanlage zugegen wären und Informationen und Aktionen, wie eine kostenfreie Fahrradgravur, angeboten werden sollen. Man werde die Aktionen auch noch in einem eigenen Programmheft sowie über die öffentlichen Kanäle der Stadt Brühl dementsprechend bewerben.

#### **6.5 Mitteilung zur Polleranlage im Bereich „Busstraße“**

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** übermittelt, dass in dem Bereich der Busstraße geplant sei, eine elektropneumatische Polleranlage zu errichten, die lediglich den Linienbussen sowie Rettungsfahrzeugen etc. eine Durchfahrt ermögliche. Es müsse jetzt geklärt werden, welche Technik dort zum Einsatz kommen solle. Es werde zeitnah ein Vor-Ort-termin durchgeführt, damit weitere Eckdaten des Vorhabens nach der Sommerpause im Ausschuss vorgestellt werden könnten.

### **7. Anfragen**

#### **7.1 Turnus Brückenüberprüfungen**

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** möchte im Zuge der Mitteilung zu der Brückensperrung „Brückenstraße“ wissen, in welchem Turnus Brückenüberprüfungen stattfänden.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** erläutert, dass die letzte Hauptprüfung im Jahre 2003 stattgefunden habe und alle 5-6 Jahre Zwischenprüfungen stattfänden. Damit bewege man sich in dem rechtlich vorgesehenen Zyklus. Es sei bei alten gemauerten Brücken durchaus nicht unüblich, dass ein solches Bauwerk in kurzer Zeit rapide „nachlasse“.

## **7.2 Preiskategorien Stadtradeln**

**Ratsfrau Dr. Richter (Bündnis 90/Die Grünen)** erkundigt sich, ob im Rahmen des Stadtradelns auch eine Preiskategorie für Schulen/ Schulklassen vorgesehen sei, die die meisten Kilometer absolviere.

**Abteilungsleiter Korte (Abtl. 61/3)** antwortet, dass es dafür Kategorien gebe, die finale Unterteilung der Preiskategorien aber noch ausstehe.

## **7.3 Vorschlag Aufnahme Lastenrad-Thematik in Stadtradeln-Programm**

**Sachkundige Bürgerin Kamphausen (CDU)** regt an, dass im Rahmen der Stadtradeln-Kampagne auch das Thema Lastenrad miteingebunden werden könnte.

## **7.4 Problematik mit E-Scootern**

**Sachkundige Bürgerin Kamphausen (CDU)** trägt vor, dass in einigen Bereichen der Stadt eine hohe Belastung mit E-Scootern zu verzeichnen sei, die teilweise auf dem Bürgersteig und zu mehreren Personen auf einem Roller und durch rücksichtsloses Fahren die anderen Verkehrsteilnehmer gefährden würden. Sie möchte wissen, ob man eventuell entsprechende Hinweisschilder aufstellen könne.

**Abteilungsleiter Korte (Abtl. 61/3)** legt dar, dass die Problematik mit den E-Scootern bekannt sei. Dazu habe es bereits am 22.04.2021 eine Pressemitteilung der Stadt gegeben, in der dargelegt worden sei, welche Handhabe die Stadt bezüglich der Rollerproblematik überhaupt habe. Darüber hinaus habe es auch schon Kontrollaktionen im Stadtgebiet mit der Polizei und dem Ordnungsdienst gegeben. Da es sich bei dem Fehlverhalten leider oft um Vorsatz handele, könnten Hinweisschilder hier nur bedingt Abhilfe schaffen. Außerdem würden die Anbieter die Nutzer zu Beginn einer Fahrt darauf hinweisen, wie die Nutzungsbedingungen seien und wie sie sich zu verhalten hätten. Er empfiehlt, falsch geparkte Roller oder Fehlverhalten von Nutzern nach Möglichkeit mit Foto; Nummernschild, Datums- sowie Zeitangaben zu dokumentieren und dies den Anbietern zu melden. Ein Verbot der E-Scooter sei nach aktueller Rechtsfassung nicht möglich.

## **7.5 Problematik fehlende Barrierefreiheit und Falschparker Schulstraße**

**Sachkundige Einwohnerin Katzfuß (Inklusionsbeirat)** weist darauf hin, dass die Situation im Bereich der Schulstraße für Rollstuhlfahrer problematisch sei. Zum einen sei im Bereich des Kapellenweges der barrierefreie Zugang häufig zugeparkt gewesen, was dazu führe, dass sie auf die Schulstraße in den fließenden Verkehr ausweichen müsse. Ein Dauerproblem sei zudem das Zuparken des Bürgersteiges, teilweise durch Dauerparker und Anhänger, was wiederum dazu führe, dass sie in den fließenden Verkehr mit dem Rollstuhl ausweichen müsse. Die gesamte Situation sei gefährlich, auch für Schulkinder und sie möchte wissen, was man da dagegen tun könne.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** schlägt vor, dass man einen gemeinsamen Termin, auch mit dem Ordnungsamt vereinbaren könne, um sich die Situation vor Ort anzuschauen und Lösungsansätze entwickeln zu können. Er gibt zu bedenken, dass man die Stadt

Brühl nicht von heute auf morgen barrierefrei bekäme und vieles noch „Insellösungen“ sein, wie etwa die Bushaltestellen. Von Seiten der Stadt Brühl werde es aber immer Hilfestellungen und Angebote geben, wenn entsprechende Anfragen und Bitten von mobilitätseingeschränkten Personen an die Verwaltung herangetragen würden.

## **7.6 Verkehrssicherheitsrisiko durch Grünstreifenwuchs**

**Ratsherr Kassen (CDU)** spricht an, dass Grünstreifen an Straßenrändern häufig wachsen gelassen würden, was prinzipiell auch gut sei. Problematisch sei es aber in Kreuzungs- und Einmündungsbereichen, da es hier zu erheblichen Wahrnehmungseinschränkungen führe und insbesondere Rad fahrende Kinder erst sehr spät wahrgenommen werden könnten. Er möchte wissen, wer für die Instandhaltung dieser Grünstreifen zuständig sei.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** erläutert, dass die Zuständigkeit straßenabhängig sei. Die Informationen welche Straße betroffen sei, könne aber an ihn geschickt werden und das Anliegen werde dann entsprechend weitergeleitet.

**Ratsherr Kassen (CDU)** erwidert, dass er auf Anhieb drei Stellen benennen könne. Dies sein „Rodderweg“, „Willy-Brandt-Straße“/ „Theodor-Heus-Straße“ sowie der Kreisverkehr am Lidl in Badorf.

**Fachbereichsleiter Schulz (FBL 66)** antwortet, dass man die Stellen notiert habe und die Anfrage an die zuständige Stelle weiterleiten werde.

## **7.7 Streifenmarkierung auf der Kierberger Straße nach dem Vorbild Leipziger Straße**

**Ratsherr Prof. Dr. Bunčić (Bündnis 90/Die Grünen)** erwähnt, dass auf der Leipziger Straße vor einiger Zeit Streifen auf der Straße angebracht worden sein, die auf das rechts vor links Fahrgebot hinweisen würden. Sein Eindruck sei der, dass diese Markierungen eine hohe Wirksamkeit zeigen würden und viele Autofahrer zum Anhalten bzw. langsamer fahren animiert würden.

Er wirft die Frage in den Raum, ob man diese Markierungen nicht auch auf anderen Straßen, wie etwa der kürzlich umgebauten Kierberger Straße aufbringen könne, da gerade auf dieser Straße noch besonders häufig zu schnell gefahren werde.

**Herr Cleven (Abtl. 66)** verweist darauf, dass man diese Markierungen grundsätzlich nicht auf den Straßen anbringen dürfe. Für die Leipziger Straße habe man eine Sondererlaubnis erhalten, da diese auch eine höhere Straßenraumbreite aufweise. Grundsätzlich gelte, dass man in Tempo-30-Zonen keine zusätzlichen Markierungen aufbringen dürfe.

## **7.8 Anzahl der Beschwerden zu E-Scooter-Thematik**

**Sachkundiger Bürger Klages (AfD)** möchte wissen, wie viele Beschwerden insgesamt zu der E-Scooter-Thematik bei der Verwaltung eingegangen sein.

**Abteilungsleiter Korte (Abtl. 61/3)** kommentiert, dass sich die genaue Zahl nicht beziffern lasse, da diese auch an unterschiedlichen Stellen eingingen

## **7.9           Hinweisschild „Bitte Motor abstellen“ auf Kaiserstraße verblichen**

**Ratsherr Kirf (CDU)** trägt die Bitte vor, dass das Hinweisschild „Bitte Motor abstellen“ auf der Kaiserstraße sehr verblichen und schwer lesbar sei und ob man diesen Hinweis überprüfen könne.

## **7.10           Gefahrensituation Eckdorferstraße 107/109**

**Ratsherr Kirf (CDU)** berichtet, dass im Bereich der Eckdorferstraße 107-109 die Zu- bzw. Ausgangssituation sehr gefährlich für die Anwohner sei, da man direkt auf der Fahrbahn stünde. Dort werde angefragt, ob in dem Bereich rote Baken angebracht werden könnten, ähnlich wie dies bereits in der Nachbarschaft passiert sei.

## **7.11           Möglichkeit der Temporeduktion durch bauliche Maßnahmen Bergstraße/Heide**

**Ratsherr Wiese (Bündnis 90/Die Grünen)** erkundigt sich, ob im Bereich der Bergstraße in Brühl Heide die Möglichkeit bestünde, durch bauliche Maßnahmen, wie z. B. durch „Berliner Kissen“, eine Geschwindigkeitsreduktion herbeizuführen.

**Beigeordneter Schiffer** führt an, dass die Problematik immer wieder auftauche und man den geplanten Ortstermin in diesem Bereich ja leider verschieben musste. Er stellt fest, dass man sich generell über verkehrsberuhigende Maßnahmen abstimmen müsse, um gemeinsam zu grundsätzlichen Überlegungen zu kommen, wie man in solchen Fällen vorgehen solle. Ein Bereich seien dabei bauliche Maßnahmen wie die „Berliner Kissen“ oder „Kölner Teller“, aber darüber müsse man sich dann noch gemeinsam abstimmen.

## **7.12           Anfrage Gebietserweiterung E-Scooter Brühl Heide**

**Ratsherr Wiese (Bündnis 90/Die Grünen)** gibt bekannt, dass es bereits einige Nachfragen gegeben habe, warum Brühl Heide nicht in das Operationsgebiet der E-Roller integriert sei und ob eine Gebietserweiterung möglich sei.

**Abteilungsleiter Korte (Abtl. 61/3)** antwortet, dass aus Sicht der Verwaltung nichts gegen eine Gebietserweiterung spreche und diese Festlegung letztendlich vom Anbieter zu erfolgen habe. Bei Bedarf werde man sich hierzu selbstverständlich mit den Anbietern abstimmen.

---

Ausschussvorsitzender

---

Schriftführer/in